

5/1/2021

Beschluss
Überweisung

Wohnraumschutzgesetz für starke Gemeinden

Die SPD unterstützt die Initiative der Landesregierung, ein Niedersächsisches Wohnraumschutzgesetz (NWoSchG) auf den Weg zu bringen. Insbesondere die aus dem Regierungsentwurf hervorgehende Zuständigkeit der Gemeinden, Anordnungen hinsichtlich verwahrloster und überbelegter Wohnungen im Interesse der Mieter*innen zu treffen, würde die Position der Gemeinden immens stärken, um unzumutbare Wohnverhältnisse zu bekämpfen.

Die SPD fordert, dass im Gesetzgebungsverfahren darauf hingewirkt wird, dass diese gestärkte Position der Gemeinden nicht geschwächt wird. Insbesondere eine alternativ diskutierte Aufgabenzuweisung an die unteren Bauaufsichtsbehörden würde die Position der Gemeinden schwächen, was es zu vermeiden gilt.

Ferner ist in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren darauf hinzuwirken, dass den Gemeinden ein effektives Mittel an die Hand gegeben wird, um gegen leerstehende, verwahrloste Gebäude vorgehen zu können.

Überweisen an

Material an die SPD-Landtagsfraktion